



Nach Afghanistan abgereist: Die afghanische Ärztin und Menschenrechtsbeauftragte Sima Samar (links) hat nach ihrer Berichterstattung vor der Uno über Darfour Vreni Frauenfelder in Schaffhausen abgeholt. (Foto: Peter Pfister)

Zwei Freundinnen für Afghanistan

Schaffhausen. Seit über zwanzig Jahren sind sie befreundet und arbeiten zusammen vor allem für die Frauen und Mädchen Afghanistans: Sima Samar, die Ärztin und Menschenrechtsbeauftragte der unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission, die inzwischen auch als Uno-Rapporteur für die Region Darfour im Sudan vor der Uno Bericht erstattet und in eben dieser Mission vorige Woche via Genf aus dem Sudan zurückgekehrt ist und in Schaffhausen halt gemacht hat. Und die Schaffhauserin Vreni Frauenfelder, Gründerin der hiesigen Afghanistan-Hilfe, die eng mit Sima Samars

Hilfswerk Shuhada zusammenarbeitet, für das die Ärztin 2001 den Paul-Grüninger-Preis erhalten hat, und das zahlreiche Kliniken sowie Mädchen- und Frauenbildungsinsstitute in Afghanistan und Pakistan betreibt. Vreni Frauenfelder wird auf ihrer aktuellen Reise zu den Schaffhauser Projekten im nord- und zentralafghanischen Gebiet Hazarajat, das bis anhin von den Angriffen der Taliban wie auch von Selbstmordattentaten weitestgehend verschont geblieben ist, Hilfsgüter und Geldmittel verteilen, das Gedeihen der Projekte überprüfen und Kontakte mit den Mitarbeitenden vor Ort pflegen.

Die eben erst von einer Operation genesene achtzigjährige Vreni Frauenfelder macht sich um sich selbst keinerlei Sorgen – trotz der immer unsicherer werdenden Situation vor allem der Zufahrtswege in Afghanistan. Was sie interessiert, sind ihre Projekte und das Ergehen der Menschen in Afghanistan. Sima Samar selbst verliert mit der Rückkehr in ihre Heimat jegliche Bewegungsfreiheit: Sie muss sich seit Jahren wie eine Gefangene bewachen lassen und steht als liberale, unverschleierte Muslimin sowie als Menschen- und Frauenrechtlerin unter beständiger Morddrohung. (P. K.)

Jetzt kommt der doppelte Pukelsheim

Schaffhausen. Der Regierungsrat schickt die Vorlage betreffend der Anpassung des Wahlsystems für den Kantonsrat in die Vernehmlassung zu den politischen Parteien und den Gemeinden. Dies wurde notwendig, weil die Stimmberechtigten im Jahr 2004 die FDP-Volksinitiative «60 Kantonsräte sind genug» angenommen haben. Auf die nächste Legislaturperiode hin, also auf den 1. Januar 2009, besteht der Kantonsrat demzufolge nur noch aus 60 statt 80 Mitgliedern.

Der Regierungsrat hat sich für die Methode des so genannt doppelproportionalen Sitzzuteilungsverfahrens, besser bekannt unter dem Namen doppelter Pukelsheim, entschieden, wie Regierungspräsident Hans-Peter Lenherr und Staatsschreiber Reto Dubach gestern mitteilten. Bei diesem System werden bei den Wahlen zuerst alle im Kanton zu verteilenden Sitze auf die Parteien verteilt. Das heisst, die Wahlkreise müssen künftig die ihnen zustehenden Sitze nicht mehr selbst

ausrechnen, sondern die Zahlen am Wahlsonntag der Staatskanzlei zustellen. Dort teilt man die so ermittelten Parteisitze auf die Listen der Wahlkreise gemäss deren Bevölkerungszahl auf. Von dem neuen Verfahren profitieren die kleinen Parteien, während die grossen Parteien im künftigen Kantonsrat eigentlich überproportional Sitze verlieren werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 5. Dezember. Im kommenden Jahr findet – nach der Debatte im Kantonsrat – eine Volksabstimmung statt. (ha.)

Mit Lenherr und Briner

Schaffhausen. Nach seiner Nominierung als Präsident der Economiesuisse hat Gerold Bühler bekannt gegeben, bei den nächsten eidgenössischen Wahlen nicht mehr anzutreten. Der Vorstand der FDP hat inzwischen bereits seinen Kurs für die Wahlen in die eidgenössischen Parlamente bekannt gegeben. Regierungsrat Hans-Peter Lenherr stellt sich dabei als Kandidat für die Nationalratswahlen zur Verfügung. Peter Briner wird erneut für den Ständerat kandidieren. Wer zusammen mit Hans-Peter Lenherr in den Nationalratswahlkampf ziehen wird, ist noch offen. Die Ortsparteien werden eingeladen, der Findungskommission Vorschläge zu unterbreiten.

Lenherr hat in Aussicht gestellt, bei einer definitiven Nominierung durch die Parteiversammlung – unabhängig von einer Wahl in den Nationalrat – per Ende 2007 aus dem Regierungsrat zurückzutreten. Damit würde noch vor den eidgenössischen Wahlen eine Ersatzwahl in die Kantonsregierung angesetzt. Eine Findungskommission der FDP wird deshalb bis Ende Jahr auch Gespräche mit potenziellen Regierungsratskandidaten führen. Die SP überlegt sich in der Zwischenzeit, wen sie für den verloren gegangenen zweiten Sitz im Regierungsrat nominieren will. (az)